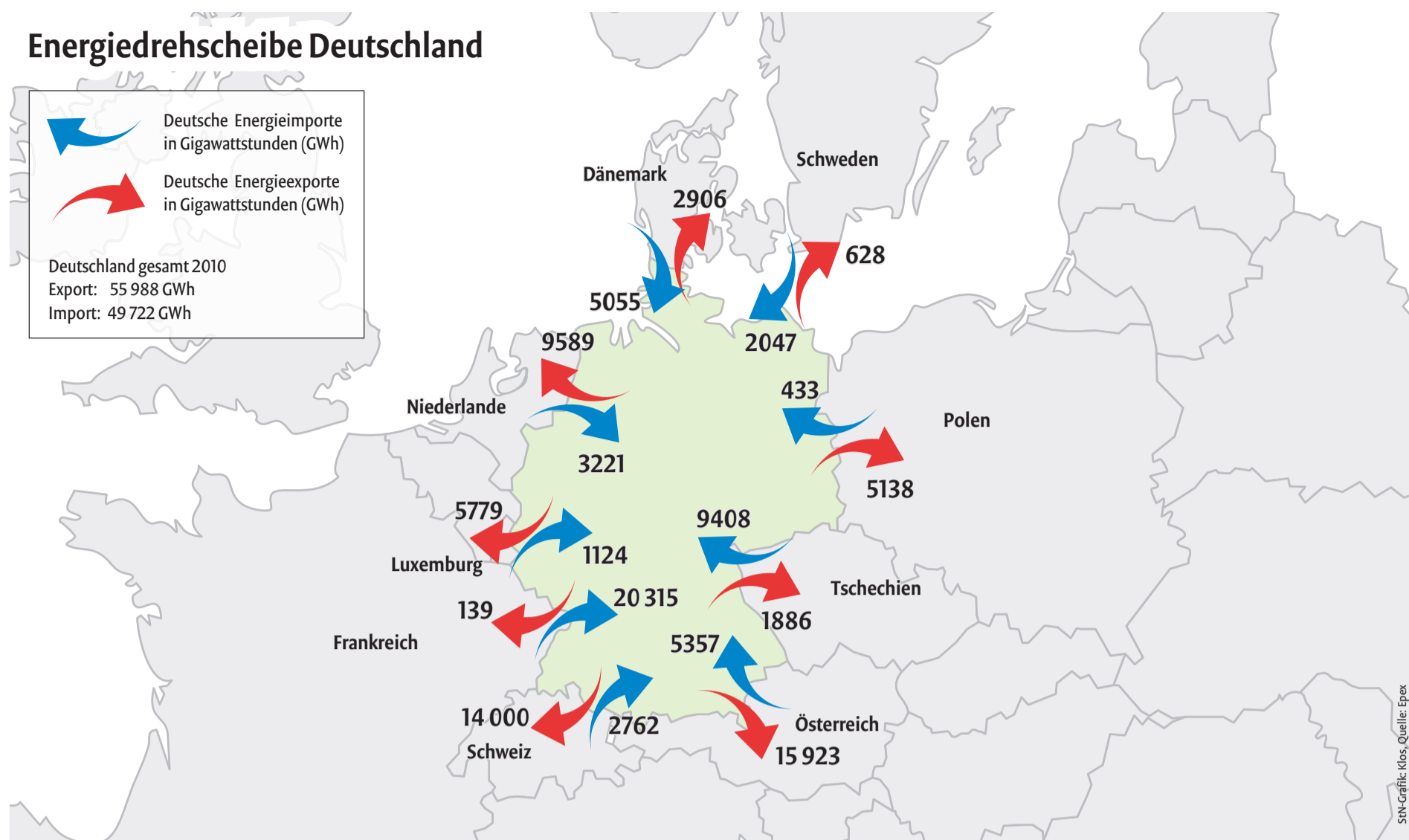


## Energiedrehscheibe Deutschland



# Ausland profitiert von der Energiewende

In Deutschland wird der Strom teurer, in den Nachbarländern werden Verbraucher dagegen entlastet

Ausländische Stromkunden sind die eigentlichen Nutznießer der deutschen Energiewende. Durch den Ausbau von Solar- und Windkraft sinken die Preise in vielen Nachbarländern. Die deutschen Haushalte dagegen müssen saftig draufzahlen.

VON WALTHER ROSENBERGER

FRANKFURT/STUTTGART. Die Energiewende ist um eine Kuriosität reicher: Weil Deutschland den Ausbau von Ökoenergien wie Wind- und Solarkraft vorantreibt, sinken in Europa die Strompreise tendenziell – in Deutschland nicht.

„Die Verbraucher in anderen Ländern profitieren“, sagte Tobias Federico, Geschäftsführer der Berliner Energieberatung Energy-Brainpool, unserer Zeitung. In Deutschland dagegen steigen die Stromtarife unaufhörlich, weil das Land auf Grün umschaltet. Mehr als die Hälfte der Energieversorger hat zum Jahreswechsel Tarifierhöhungen um durchschnittlich zwölf Prozent angekündigt. Deutlich über tausend Euro im Jahr zahlt eine Durchschnittsfamilie mittlerweile allein für Strom. Die Preissprünge gehen dabei hauptsächlich auf die Kosten zur Finanzierung der Energiewende zurück. Mittlerweile ist Strom nur in Dänemark und Zypern teurer als in der Bundesrepublik.

Teurer Strom in Deutschland, günstige Tarife in den Nachbarländern. Und alles wegen der Energiewende? Die scheinbar paradoxe Situation entsteht, weil die sehr hohen Kosten des Jahrhundertprojekts hauptsächlich in Deutschland anfallen, die positiven Effekte aber gesamt-europäisch wirken.

Der Ausbau von neuen Solaranlagen, Windrädern, Biogasanlagen und Leitungen kostet jedes Jahr Milliarden Euro. Nach Daten des Energie-Brancheverbands BDEW schlug die Ökoförderung für die deutschen Stromkunden allein 2012 mit 14,1 Milliarden

## Hintergrund

### Wie Energie hin- und hergeschoben wird

Die Energiepreise in den einzelnen Ländern der Europäischen Union beeinflussen sich gegenseitig immer stärker. Grund für die Entwicklung ist das immer stärkere Zusammenwachsen der Energiemärkte. Strom ist heute kein nationales Gut mehr, sondern wird genau wie Stahlblech, Fleisch oder Natursteine europaweit gehandelt. Allein zwischen Frankreich und Deutschland lässt sich Energie mit einer Leistung von etwa drei Gigawatt – das ist in etwa die Nennleistung von drei Kernkraftwerken – über sogenannte Kuppelstellen verschieben. Nach Österreich ist das Volumen quasi unbegrenzt. Ein Markt beeinflusst so den anderen.

Das auch als europäische Kupferplatte bezeichnete Zusammenwachsen hat einige Vorteile. Durch das Hinunderschoben von

Energie können Kraftwerke konstanter betrieben und Preissprünge abgefedert werden. Durch den gemeinsamen Markt entstehen in Westeuropa Effizienzgewinne von „mehreren Hundert Millionen Euro pro Jahr“, heißt es bei Epex-Spot.

Tatsächlich profitiert auch Deutschland von der Lage, etwa durch einen stabileren Netzbetrieb. Negative Strompreise, die vor allem 2009 und 2010 die deutsche Energielandschaft durcheinanderwirbelten, haben seit der zunehmenden Vernetzung Seltenheitswert.

Negativ wirkt in Deutschland die hohe Steuer- und Abgabenlast auf Strom. Aktuell kostet die Kilowattstunde in Deutschland rund 26 Cent. In Österreich sind es zwischen 16 und 19 Cent. (wro)

Euro zu Buche. Das Geld wird über Steuern und Abgaben auf den Nettostrompreis aufgeschlagen und somit auf die deutschen Haushalte und Unternehmen umgelegt. Bei einem Endkundenpreis von etwa 26 Cent je Kilowattstunde beträgt der Staatsanteil – ein gut Teil davon geht auf die Ökoförderung zurück – derzeit rund 45 Prozent oder 11,7 Cent. Tendenz: stark steigend.

Die Energiewende verursacht aber nicht nur Kosten, sie wirkt auch preisdämpfend – vor allem an den Strombörsen, wo sich Energieversorger mit Energie eindecken können. Um bis zu 0,7 Cent je Kilowattstunde sind die Börsenpreise am maßgeblichen Handelsplatz, der Leipziger EEX, in den vergangenen Monaten gesunken – vor allem weil die günstig produzierenden Solaranlagen und Windräder alte Meiler mit hohen Betriebs-

kosten aus dem Geschäft katapultieren. Bei durchschnittlichen Börsenpreisen von derzeit rund 4,3 Cent je gehandelter Kilowattstunde ist das ein erheblicher Abschlag von gut 16 Prozent.

Der Strompreis an den Börsen sinkt also, und anders als die steigende Steuer- und Abgabenlast auf Strom in Deutschland macht dieser Trend nicht an Ländergrenzen halt. Er kommt allen zugute – auch den Nachbarstaaten.

Der Preisrückgang an den großen deutschen Stromhandelsplätzen schlägt mitunter sogar voll auf die Tarife in anderen Staaten durch. Österreich etwa bildet in Sachen Energie einen gemeinsamen Markt mit Deutschland. Die Börsenpreise dies- und jenseits der Grenze sind dieselben. Und auch in Frankreich und den Benelux-Staaten

pendeln sich die Notierungen nach Angaben der europäischen Strombörse Epex Spot an rund 220 Tagen im Jahr auf deutschem Niveau ein. Ähnliches gilt für die Schweiz. „Erneuerbare Energien drücken die Börsenpreise europaweit“, sagt Patrick Adigbli, Analyst bei Epex Spot. Besonders, wenn Energie stark nachgefragt sei, etwa zur Mittagszeit, sei der Effekt ausgeprägt.

Das Problem in Deutschland: Die hohe Abgabenlast überkompensiert die sinkenden Preise – Strom wird so in Deutschland teurer.

### Die Kunden in Österreich profitieren von der deutschen Energiewende nur zum Teil

Leistet sich Deutschland also eine kostspielige Energiewende, von der zuallererst das Ausland profitiert? Energiefachmann Federico sieht das differenzierter. Für die Haushalte und die Industrie im Ausland ergebe sich in den meisten Fällen tatsächlich ein Vorteil, sagt er. Anders sehe es bei der Energiewirtschaft aus, etwa den Kraftwerksbetreibern. Der Betrieb ihrer Meiler lohne sich durch die sinkenden Erlöse an den Strombörsen immer weniger.

Bei der österreichischen Regulierungsbehörde für den Energiesektor, E-Control, heißt es, das deutsche Großprojekt führe für die Alpenrepublik insgesamt zu Mehrkosten, etwa weil neue Netze und Stromspeicher aufgebaut werden müssten. In Summe koste die deutsche Energiewende einen österreichischen Haushalt 55 Euro im Jahr. Von dem Preisverfall von Strom – seit 2008 sind die Preise für die Energieversorger ähnlich wie in Deutschland immerhin um rund ein Fünftel zurückgegangen – profitierten die Kunden nur zum Teil. Der Grund ist allerdings ziemlich profan: Die meisten Energiekonzerne geben die Ersparnis schlicht nicht an ihre Kunden weiter.

## Ramsauer für Entlassung von Flughafenchef

BERLIN (dpa). Mit ungewöhnlich deutlichen Worten hat sich Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) dafür ausgesprochen, den Berliner Flughafenchef Rainer Schwarz zu feuern. „Wenn es nach dem Bundesverkehrsminister allein ginge, wäre der Vorsitzende, die Geschäftsführung schon längst weg“, sagte Ramsauer dem Sender ARD. „Ich habe kein Vertrauen mehr in ihn.“ Mit einem Anteil von 26 Prozent an der Flughafengesellschaft könne der Bund aber nicht allein schalten und walten.

Schwarz steht wegen der Verzögerungen beim Bau des neuen Hauptstadtflughafens BER seit Monaten in der Kritik. Auch der Haushaltsausschuss des Bundestages dringt deshalb auf seine Entlassung. Die Länder Brandenburg und Berlin als weitere Anteilseigner verhindern dies aber bislang. Ramsauer sagte, er habe bereits darauf hingewiesen, dass es erste ernstzunehmende Anzeichen dafür gebe, dass auch der neue Eröffnungstermin am 27. Oktober 2013 möglicherweise nicht gehalten werden könne. „Aber noch gehen wir davon aus, dass das Management das hinbekommt.“

## Fitschen gerät politisch unter Druck

Chef der Deutschen Bank soll sich nach Razzia bei Ministerpräsident Bouffier beschwert haben

FRANKFURT (rtr). Nach der Razzia bei der Deutschen Bank gerät Co-Chef Jürgen Fitschen in der Politik in Bedrängnis. „Der Fisch stinkt vom Kopf her. Das gilt auch für die Vorstandsetze der Deutschen Bank“, sagte Grünen-Chef Jürgen Trittin dem Magazin „Der Spiegel“.

Die Verwicklung in die Steuerraffäre droht für Fitschen zu einer großen Belastung zu werden: Als eine Art „Außenminister“ der Deutschen Bank und als künftiger Präsident des Bankenverbands BdB ist er auf gute Beziehungen zum politischen Berlin angewiesen. Fitschen und Finanzvorstand Stefan Krause gehören zu den 25 Mitarbeitern der Bank, gegen die in der Affäre um Steuerbetrag im Handel mit Luftverschmutzungsrechten (CO<sub>2</sub>-Zertifikaten) ermittelt wird.

Rund 500 Polizisten und Steuerfahnder hatten am Mittwoch vergangener Woche die Frankfurter Bank-Zentrale durchsucht. Fitschen soll sich dem „Spiegel“ zufolge in einem Anruf beim hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) über den massiven Einsatz beschwert haben. Es habe eine verheerende Wirkung auf das Außenbild der Bank, wenn Bilder und Berichte von bewaffneten Polizisten in dem Geldhaus um die Welt gingen.

„Der Ministerpräsident hat klargemacht, dass es staatsanwaltschaftliche Ermittlungen sind, in die er sich nicht einmischen könne“, sagte Regierungssprecher Michael Bußer am Sonntag. Ein Sprecher der Deutschen Bank bestätigte, dass Fitschen vergangene Woche mit Bouffier telefoniert hat. Zum Inhalt des Gesprächs wollte er keine Angaben machen.

### Sparkassenpräsident für Zerschlagung der Deutschen Bank

Die SPD-Fraktion im hessischen Landtag kritisierte das Telefonat zwischen Fitschen und Bouffier. Wollte „Fitschen mit dem Anruf das Ermittlungsverfahren beeinflussen?“, fragte der Parlamentarische Geschäftsführer Günther Rudolph am Sonntag. Zudem wollte er wissen, was Bouffier nach dem Anruf unternahm: „Die Landesregierung ist in der Pflicht, die Ermittlungen zu schützen.“

Vier Angestellte der Deutschen Bank sitzen seit der Razzia wegen des Verdachts der Geldwäsche und der Vertuschung in Haft. Finanzkreise zufolge soll Bankmitarbeitern zudem vorgeworfen werden, E-Mails zu den fraglichen Geschäften gelöscht zu ha-

ben, um sie den Ermittlern vorzuenthalten. Fitschen und Finanzvorstand Krause sind nach Angaben der Bank ins Visier der Ermittler geraten, weil sie die Umsatzsteuererklärung für 2009 unterschrieben hatten. Darin hatte das Institut 310 Millionen Euro Steuererstattungen geltend gemacht. Die Bank hatte die Erklärung später zwar korrigiert und auf die Ansprüche „vorläufig verzichtet“ – nach Ansicht der Ermittler kam dieser Schritt aber zu spät.

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, Georg Fahrenschon, hat sich angesichts der Ermittlungen gegen die Deutsche Bank für eine Aufspaltung großer Geldhäuser ausgesprochen. „Mit zunehmender Größe wird es offensichtlich schwieriger, Bankkonzerne unter Kontrolle zu behalten“, sagte Fahrenschon der Wirtschaftszeitung „Euro am Sonntag“. Es müsse nach Möglichkeiten gesucht werden, unkontrolliertes Wachstum zu verhindern. Vorschläge, etwa das Investmentbanking und das Kundengeschäft innerhalb der Bank zu trennen, seien in der täglichen Praxis unrealistisch. „Deshalb gibt es für große Geldhäuser wie zum Beispiel die Deutsche Bank in Frankfurt nur eine Möglichkeit: aufspalten und kleiner werden.“

## Cromme lehnt Rücktritt bei Thyssen ab

Stahlkonzern hat im Geschäftsjahr 2011/12 fünf Milliarden Euro Verluste

ESSEN (dpa). ThyssenKrupp-Aufsichtsratschef Gerhard Cromme lehnt trotz der Milliardenverluste beim größten deutschen Stahlkonzern persönliche Konsequenzen kategorisch ab. Er werde nicht zurücktreten, sagte Cromme dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. „Ich bin keiner, der vor Verantwortung wegläuft.“ Unterstützung bekam der 69 Jahre alte Chefaufseher erneut von ThyssenKrupp-Patriarch Berthold Beitz. Cromme und ThyssenKrupp-Vorstandschef Heinrich Hiesinger hätten sein Vertrauen, bekräftigte Beitz im „Spiegel“.

Die Aktionärsvereinigung DSW hatte in der vergangenen Woche eine „offene Diskussion auch über die Rolle von Aufsichtsratschef Gerhard Cromme“ verlangt. Die DSW, die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, will Vorstand und Aufsichtsrat bei der nächsten Hauptversammlung nur dann entlasten, „wenn die notwendige Transparenz geschaffen wurde“. Das Aktionärstreffen ist für den 18. Januar in Bochum geplant.

Mit Blick auf das Milliardendebakel beim Bau von Stahlwerken in Brasilien und den USA räumte Cromme zwar ein, als Aufsichtsrat ständig informiert worden zu sein. „Nur hat sich jetzt gezeigt, dass viele Informationen über Jahre hinweg deutlich zu optimistisch waren und sich später als falsch herausgestellt haben“, sagte Cromme. Der Chefaufseher verteidigte die Entscheidung des Kontrollgremiums, dass drei Vorstände und damit der halbe Vorstand vorzeitig ihren Posten räumen. Der Aufsichtsrat habe damit den Weg für einen Neuanfang unter ThyssenKrupp-Chef Hiesinger ebenen wollen.

Der Essener Stahlkonzern muss ein Rekordminus von fünf Milliarden Euro für das zurückliegende Geschäftsjahr 2011/2012 (30. September) verkraften. Hintergrund sind vor allem die massiven Verluste beim Bau der Stahlwerke. Nachdem der Konzern bereits im vorigen Geschäftsjahr 2,1 Milliarden Euro abschrieb, kamen nun weitere 3,6 Milliarden hinzu. Cromme sprach von Fehlern im Projektmanagement, von denen der Aufsichtsrat bis zum Jahr 2008 zum zuständigen Vorstand nicht informiert worden sei. „Wir bekamen immer nur die Information, dass alles in bester Ordnung sei“, sagte Cromme.

## Weitere Jobs bei HP gefährdet?

DÜSSELDORF (dapd). Beim angeschlagenen US-Computerkonzern Hewlett-Packard (HP) könnten offenbar noch mehr Stellen abgebaut werden, als bisher bekannt. Das berichtet die „Wirtschaftswoche“ unter Berufung auf deutsche Arbeitnehmerkreise. In den USA haben bereits rund 10 000 Mitarbeiter ein jüngst beendetes Programm zur Frühverrentung angenommen. „Ich gehe davon aus, dass es eine Neuauflage geben und in Kürze weiterer Personalabbau angekündigt wird“, sagte ein Betriebsrat nun dem Blatt. HP wollte das dem Bericht zufolge nicht kommentieren. Ende November hatte Konzernchefin Meg Whitman erneut schrumpfende Quartalsumsätze und einen Verlust wegen einer Milliardenabschreibung gemeldet. Zudem hatte HP seinen Spitzenplatz im weltweiten PC-Markt im dritten Quartal nach Daten des IT-Marktforschers Gartner an den chinesischen PC-Hersteller Lenovo verloren. Bisher will der US-Konzern bis Ende des Jahres 2014 weltweit 29 000 Stellen streichen.

## US-Notenbank will härtere Regeln für Auslandsbanken

WASHINGTON (rtr). Die US-Notenbank Fed plant härtere Auflagen für ausländische Banken. Ziel sei es, dass ausländische Kreditinstitute im Ernstfall nicht von den amerikanischen Steuerzahlern vor der Pleite gerettet werden müssten, teilte die Federal Reserve mit. So müssten ausländische Geldhäuser künftig strengere Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften erfüllen. Zudem müssten diese Institute ihre Tochterunternehmen unter einer US-Dachgesellschaft zusammenfassen. Die Regeln sollen aber nur für Großbanken mit einem globalen Vermögen von über 50 Milliarden Dollar (rund 38 Milliarden Euro) gelten. Die Bankenaufsicht soll die Umsetzung der Vorschriften dann ab Juli 2015 sicherstellen.

Der Weltbankenverband IIF warnte, ausländische Institute könnten sich aus den USA zurückziehen. Der Vorstoß der US-Notenbank könnte für Europas Großbanken teuer werden. Analysten gehen davon aus, dass Häuser wie die Deutsche Bank mehrere Milliarden Dollar zusätzliches Kapital vorhalten müssten, sollte die Fed sie zwingen, ihr gesamtes US-Geschäft einer Holdingstruktur nach heimischen Standards zu unterstellen.